



Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW) reicht Petition zum herkunftssprachlichen Unterricht in staatlicher Verantwortung ein

Am heutigen internationalen Tag der Muttersprache hat der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen (LAKA) Baden-Württemberg eine Petition zum herkunftssprachlichen Unterricht in staatlicher Verantwortung beim Landtag von Baden-Württemberg eingereicht.

Dazu erklärt der LAKA-Vorsitzende Dejan Perc: „Über ein Drittel der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg haben Migrationsgeschichte und wachsen bereits ab Geburt mit mehr als einer Sprache auf. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern gewinnt an Bedeutung, so dass Schüler, Auszubildende und Studierende mit guten schriftlichen wie mündlichen Kenntnissen der deutschen Sprache und ihrer Herkunftssprachen die gefragten Fachkräfte von heute und erst recht von morgen sind. Da viele Schülerinnen und Schüler zuhause eine zweite Sprache sprechen, liegt es im Interesse des Landes, zum einen das Erlernen der deutschen Sprache so intensiv zu fördern, dass jedes Kind den Anschluss schafft und zum anderen das Potential der Herkunftssprache zu nutzen.“

Der LAKA hat bereits in seiner Vollversammlung im März 2019 gefordert, einen Vorschlag der Heidelberger Erziehungswissenschaftlerin Prof. Dr. Havva Engin, der GEW Baden-Württemberg und der SPD-Fraktion aufzugreifen und umzusetzen: Als erster Schritt zur Einführung von Herkunftssprachenunterricht an Regelschulen soll in einem fünfjährigen Schulversuch an 90 Schulen 2-5 stündiger Unterricht einschließlich Materialien konzipiert, erprobt, wissenschaftlich begleitet und ausgewertet werden. Da das Kultusministerium Baden-Württemberg bisher nicht auf diese Vorschläge eingegangen ist, hat der LAKA heute (21.02.2020) zum internationalen Tag der Muttersprache dieses Anliegen dem Petitionsausschuss des Landtags von Baden-Württemberg unterbreitet.

LAKA-Bildungsexpertin Helene Khuen-Belasi ergänzt: „Es liegen ausreichend valide Forschungsergebnisse vor, die einen positiven Effekt der guten Kenntnis von Herkunftssprachen auf die Deutschkompetenz und auf die fachlichen Leistungen insgesamt aufzeigen. Das funktioniert allerdings nicht automatisch. Man braucht ein schulisch-unterrichtliches Gesamtkonzept sprachlicher

Bildung, bei dem die Bildungspläne des Herkunftssprachenunterrichts mit denen anderer Fächer didaktisch und methodisch eng verknüpft sind. Das kann vom bisherigen Herkunftssprachenunterricht nach dem Konsulatsmodell nicht geleistet werden.“

Der LAKA als parteiübergreifender, überethnischer und überkonfessioneller Verband vertritt die kommunalen Migrantenvertretungen in Baden-Württemberg. Der LAKA ist legitimierter Ansprechpartner der Landesregierung (PartIntG BW § 10) und des Landtages, aller relevanten Organisationen auf Landesebene, vergleichbarer Migrantengremien in anderen Bundesländern und dem Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI).

Er setzt sich seit seiner Gründung 1998 auf politischer Ebene für die konstruktive Zusammenarbeit und Verständigung zwischen baden-württembergischen Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Herkunft ein. Wichtige Forderungen des LAKA sind das kommunale Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs sowie die Einführung des herkunftssprachlichen Unterrichtes unter staatlicher Aufsicht an den Schulen in Baden-Württemberg.

Stuttgart, 21.02.2020